

Wie Gewerkschaften in Italien und Spanien Corona bekämpfen

Überall in Europa stehen die Gewerkschaften Ländern unter dem Handlungsdruck, die sozialen Folgen der Corona-Krise für die Beschäftigten abzufedern und die Wiederanläufe der Produktion gesundheitsschützend zu organisieren. Zum Teil unter erheblich erschwerten Bedingungen von Ausgangssperren, nationalen Notstandsgesetzen und ökonomischer Rezession. Dazu zwei Berichte von Gewerkschaftern aus Italien und Spanien.

Valentina Orazzini, Sekretärin bei der italienischen Metallgewerkschaft Fiom-Cgil berichtet:

Im März wurden die Beschäftigten in Italien gezwungen, weiter zur Arbeit zu gehen und dort ihr Leben zu riskieren, besonders in den großen Fabriken in Norditalien. Mit einer massiven Streikwelle in den Branchen ITK, Metall und Stahl konnten wir erreichen, dass Beschäftigte nur arbeiten müssen, wenn Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Gesundheit garantiert sind und zum Beispiel PPE-Masken bereit gestellt werden. Das wurde unter Vermittlung der Regierung in einem Memorandum of Understanding Mitte März festgehalten. Der große Wert dieses Abkommens besteht darin, dass die Beschäftigten mitbestimmen können, wie die Arbeit organisiert werden soll. Trotz großer Anstrengungen, die Situation in den Betrieben unter Kontrolle zu bringen, stieg aber die Anzahl der erkrankten und sterbenden Personen stetig, vor allem in Norditalien. Also verlangten wir als Gewerkschaften von der Regierung den kompletten Lockdown des Landes.

Seit Beginn der Krise haben wir Gewerkschaften darauf bestanden, dass die Profite der Unternehmen nicht mit dem Leben der Menschen bezahlt werden dürfen. Von der Regierung haben wir Maßnahmen gefordert, die die Beschäftigten sowohl gesundheitlich als auch ökonomisch schützen. Diese Krise war von Anfang an beides: Eine Gesundheitskrise und eine soziale Krise. Prekär Beschäftigte sind besonders betroffen. Corona macht die großen Ungleichgewichte in der Gesundheitsversorgung sichtbar. Wir können die Krise nur überstehen, wenn es europaweit Solidaritätsmaßnahmen gibt und eine weitere Welle der Austeritätspolitik verhindert wird. Wir waren sehr froh über die Solidarität, die die italienischen Beschäftigten von der IG Metall erfahren haben und darüber, dass sich die IG Metall gegen die Politik der deutschen Regierung positioniert hat.

Garrido Romero, Vorstandsmitglied der spanischen Industriegewerkschaft Federacion de Industria CCOO:

Seit 14. März herrscht in Spanien ein Alarmzustand, der die Bewegungsfreiheit der Menschen drastisch einschränkt. Mit einem weiteren Erlass vom 17. März wird in drei wesentliche Regelungsinhalte von Tarifverträgen eingegriffen. Unter anderem wurde das Aussetzen von Arbeitsverträgen möglich. Durch diese Maßnahme konnten Tausende von Arbeitsplätzen erhalten werden. Die Arbeitnehmer*innen sind während des Aussetzens ihrer Verträge faktisch ohne Beschäftigung (vergleichbar mit der Kurzarbeit Null) und erhalten staatliche Lohnersatzleistungen (70 Prozent des Nettoentgelts). Diese Regelung beinhaltet die Garantie, nach Ablauf der Aussetzung des Vertrags zu den ursprünglichen Bedingungen an den Arbeitsplatz zurückkehren zu können.

Wir haben in Hunderten von Verhandlungen per Videokonferenz über Anzahl und Dauer des Aussetzens von Verträgen verhandelt, über betriebliche Aufzahlung der Unternehmen zur staatlichen Lohnersatzleistung, über die Auswirkungen auf Urlaub und Sonderzahlungen sowie über den Zeitpunkt der Rückkehr an den Arbeitsplatz. Gleichzeitig haben wir Telefon-Hotlines für Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaftsmitglieder eingerichtet, wo wir Tausende von Anfragen beantwortet haben. Jetzt konzentrieren wir uns auf Verhandlungen zur Rückkehr der Beschäftigten in die Betriebe. Dabei geht es um Maßnahmen, die den Zugang zu Arbeitsplätzen, Umkleide- und Gemeinschaftsräumen, den Ablauf des Arbeitstages im Zeichen der Abstandsregeln und die für Menschen notwendigen persönlichen Schutzausrüstungen regeln.